

Die wehrhaften Alten sind die Zukunft der Jungen!

Warum der offene Brief an die Bundeskanzlerin nicht beantwortet wurde!

Weil der Missbrauch der gesetzlichen Sozialsysteme durch die Flüchtlingskrise bereits eingeleitet wurde.

Arbeitsministerin Nahles (SPD) schätzt für 2016 bis zu 460.000 Flüchtlinge mit Hartz IV Status (Stuttgarter Zeitung vom 18.02.2016). Die Frankfurter Rundschau vom 17.02.2016 schreibt zu „Krankenkassen droht Milliardenverlust,“ dass pro 100.000 Harz IV-Empfänger den Krankenkassen ein Defizit von 120 Mio. Euro entsteht. Damit ist die Plünderung der gesetzlichen Sozialsysteme bereits wieder eingeleitet und auch klar, warum unser offener Brief nicht beantwortet wurde.

Dies wird zu immer höheren Krankenkassenbeiträgen für die Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen führen, die nicht mehr paritätisch finanziert werden. Die vom Versicherten alleine aufzubringenden Zusatzbeiträge werden steigen, bei immer geringeren Kassenleistungen. Die individuellen Gesundheitsleistungen (IGEL), die privat bezahlt werden müssen ohne Privatpatient zu sein, werden zunehmen. Das alles betrifft im Zwei-Klassensystem von solidarisch und nicht solidarisch Versicherten Richter und Beamte nicht. Sie sind in ihren steuerfinanzierten Beihilfesystemen nicht betroffen und nur deshalb ist der Missbrauch in den gesetzlichen Sozialsystemen möglich. Das nennt man Parallelgesellschaften.

Damit gehen die Kosten für die Willkommenskultur und die Solidarität mit den Flüchtlingen wieder zu großen Teilen nur zu Lasten der gesetzlich Versicherten. Während sich nicht solidarisch Versicherte wie Politiker, Beamte, Pensionäre, Richter, berufsständisch Versicherte und über der Beitragsbemessungsgrenze Verdienende sich anteilig oder ganz der Solidarität verweigern dürfen. Auch das ist in unserem Rechtsstaat möglich!

Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!
(Berthold Brecht)